

Information nach Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgang

Durchführung von Vergabeverfahren

2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltung Germersheim
ZB 14 – Zentrale Dienste - Zentrale Vergabestelle-
Luitpoldplatz 1
76726 Germersheim
Tel.: 07274 53 0
Mail: vergabe@kreis-germersheim.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreisverwaltung Germersheim
Datenschutzbeauftragter
Luitpoldplatz 1
76726 Germersheim
Tel.: 07274-53-0
Mail: datenschutz@kreis-germersheim.de

4. Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Durchführung von Vergabeverfahren, u.a. zur Bereitstellung der Vergabeunterlagen, Beantwortung von Bieterfragen, Prüfung der Eignung

5. Rechtsgrundlage(n) der Verarbeitung personenbezogener Daten

§ 22 GemHVO, VOB/A, VOL/A, GWB, VgV, Art. 6 Abs. 1 c DSGVO

6. Betroffene Personen

Bieter und ggf. deren Mitarbeiter*innen

7. Betroffene Daten / Datenkategorien

Adressdaten, E-Mail, Telefonnummer, Qualifikationen eingesetzter Mitarbeiter*innen der Bieter

8. Empfänger der Daten bzw. Kategorien von Empfängern (auch Auftragsverarbeitung)

Innerhalb der KV:
der jeweilig betroffene Fachbereich, Rechnungsprüfungsamt, Rechtsamt

Außerhalb der KV:

Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. nach § 19 Abs. 1 VOL/A, § 19 Abs. 2 VOB/A, § 19 Abs. 2 EU-VOB/A über den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind; Melde- und Informationsstelle beim Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, wenn eine schwere Verfehlung nachgewiesen wird bzw. zur Einholung von Auskünften betreffend der Eignung (Vorliegen von Ausschlussgründen); Bundesamt für Justiz zur Einholung von Auskünften aus dem Gewerbezentralregister bei einer Auftragssumme ab 30.000 EUR (netto); bei Liefer- und Dienstleistungen werden bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb und Freihändigen Vergaben ohne Teilnahmewettbewerb ab einem Auftragswert von 25.000 EUR (netto) für die Dauer von 3 Monaten der Name des beauftragten Unternehmens oder der natürlichen Person bekanntgegeben; bei Bauleistungen werden bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb ab einem Auftragswert von 25.000 EUR (netto) und bei Freihändigen Vergaben ab einem Auftragswert von 15.000 EUR (netto) für die Dauer von 6 Monaten der Name des beauftragten Unternehmens oder der natürlichen Person bekanntgegeben; bei EU-weiten Vergabeverfahren werden der Name und die

Anschrift des erfolgreichen Bieters an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union zur Bekanntmachung übermittelt; die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabekammer); Gerichte im Falle von Klagen.

9. Übermittlung an Drittland

Nicht zutreffend

10. Dauer der Speicherung

Die Dauer der Aufbewahrungsfristen ergibt sich aus den haushalts-, vergabe-, vertrags- und förderrechtlichen Regelungen

11. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historischen und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

12. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Tel.: 06131/2082449, Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.